

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Offensive „Mehr Ehre für die Freiwilligen-Arbeit“**

Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit ist das Wesensmerkmal unserer freiheitlich-sozialen Gesellschaft. Ehrenamtliche Tätigkeit ist lebendiger Ausdruck der Solidarität des Einzelnen mit anderen und Identifikation der Gemeinschaft. Ebenso wie unsere Demokratie politisch wesentlich von ehrenamtlicher Mitwirkung getragen wird, so verleiht ehrenamtliches Engagement unserer Gesellschaft in den verschiedensten Bereichen ein menschliches Gesicht. Von der Vielzahl und der Vielfalt freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeit hängen Qualität und Kultur unseres Zusammenlebens entscheidend ab. Zum Jahr des Ehrenamtes im Jahre 1999 wurden auch in der Bremischen Bürgerschaft verschiedene Initiativen ergriffen. So hat es u. a. eine ausführliche Analyse der Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit im Lande Bremen im Jahr 1996 gegeben und in 1997 wurde die Möglichkeit für die Aufnahme ehrenamtliche und freiwillige Aktivitäten in Schulzeugnissen beschlossen. Nach einer repräsentativen Umfrage sind in Deutschland ca. 29 % ehrenamtlich engagiert. Feststellbar ist bisher noch kein gravierender Rückgang, aber auch keine besondere steigende Bereitschaft breiter Bevölkerungsschichten hier aktiv zu werden. Die Gründe liegen u. a. darin, dass die Angebote und die Werbung für ehrenamtliches Engagement noch unzureichend sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat:

1. Der Bürgerschaft (Landtag) bis zum Dezember 2000 einen Bericht zur Verbesserung der Möglichkeiten für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit und zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung für Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit vorzulegen.
2. Die Offensive soll durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:
 - Offensive Marketingmethoden wie öffentlichkeitswirksame Aktionen, zielgruppengerechte Informationsmaterialien und Schaffung von entsprechenden Möglichkeiten des Informationszugangs,
 - Einrichtung einer Ehrenamt-Hotline für Bremen und Bremerhaven.
3. Eine Ehrenamt/Freiwilligen-Arbeit-Kommission (unter Einbeziehung der Kompetenz der bisher in dem Bereich Tätigen) einzurichten, die die vorgenannten Maßnahmen initiiert, begleitet, betreut und umsetzt.

Karl Uwe Oppermann, Silke Striezel, Sigrid Koestermann,
Gerling, Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU

Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD